



Hubertus Zdebel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Obmann der Fraktion DIE LINKE im
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit

Hubertus Zdebel, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Oberbürgermeister der Stadt Münster
Herrn Oberbürgermeister Markus Lewe
Stadthaus 1
48127 Münster

Berlin, 06.08.2015

Bezug:

Anlagen: 1

Hubertus Zdebel, MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 3.806

Telefon: +49 30 227-74332

Fax: +49 30 227-76332

hubertus.zdebel@bundestag.de

Wahlkreisbüro Münster:

Achtermannstr. 19

48143 Münster

Telefon: +49 251 4909246

Fax: +49 251 4909352

Wahlkreisbüro Gelsenkirchen:

Wildenbruchstr. 17

45888 Gelsenkirchen

Telefon: +49 209 91358855

Fax: +49 209 91358857

Ihr Schreiben vom 24. Juli 2015

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Lewe,

vielen Dank für Ihren Brief vom 24. Juli 2015 und die Weiterleitung Ihres Schreibens an Frau Bundesverteidigungsministerin von der Leyen.

Selbstverständlich begrüße und unterstütze ich Ihren Vorschlag, die im Brief genannten Kasernenstandorte an der Manfred-von-Richthofen-Straße sowie in Münster-Handorf für die rasche Unterbringung von Flüchtlingen zu öffnen, und danke Ihnen für Ihr diesbezügliches Engagement. Ich habe dies heute auch der Bundesministerin geschrieben.

DIE LINKE fordert ohnehin seit langem, dass der Bund endlich handelt und die Länder und Kommunen bei der sicheren und menschenwürdigen Unterbringung der Geflüchteten unterstützt, und zwar weit über die bisher zugesagten Mittel hinaus. Die aktuelle Notsituation ist ja erst entstanden, weil der Bund versäumt hat, rechtzeitig ausreichende Kapazitäten zu schaffen. Denn schließlich ist seit Jahren absehbar, dass die Flüchtlingszahlen angesichts der weltweiten Krisenherde auch künftig zunehmen.

Doch statt endlich konkrete Resultate für eine langfristige Lösung insbesondere der Unterbringungssituation vorzulegen, verschiebt die Bundesregierung das Problem von Flüchtlingsgipfel zu Flüchtlingsgipfel und vertröstet immer weiter, diesmal bis auf die Zeit nach der parlamentarischen Sommerpause.

Während fast jeden Tag über neue Anschläge auf Flüchtlingsheime berichtet wird, wirkt in Münster die dezentrale Unterbringung Asylsuchender einer sozialen Zuspitzung zweifellos entgegen. Dass die Unterbringung der Geflüchteten in Münster noch recht gut funktioniert, ist vor allem dem vorbildlichen und unermüdlichen Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger in dieser Stadt zu verdanken.



Initiativen wie beispielsweise die Gemeinnützige Gesellschaft zur Unterstützung Asylsuchender (GGUA), das Münsteraner Bündnis gegen Abschiebungen oder auch der evangelische Kirchenkreis Münster und die kirchliche Initiative aus der Heilig-Geist-Gemeinde, um nur einige zu nennen, setzen sich für die betroffenen Menschen ein und wirken so Ressentiments „besorgter Bürgerinnen und Bürger“ entgegen. Tatsache ist aber auch, dass es in Münster in den ersten sechs Monaten dieses Jahres drei Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte gab, wie der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage meiner Fraktionskollegin Ulla Jelpke zu entnehmen ist (<http://dokumente.linksfraktion.de/inhalt/ka-18-5587-bergriffe-fluechtlingsheime-2015-2.pdf>).

Auch die Stadt Münster muss ihre festen Unterbringungskapazitäten erheblich ausbauen. Dezentrale und zugleich innenstadtnahe Unterkünfte mit ausreichend Wohnfläche sind auch künftig zwingend erforderlich, um langfristig mehr Geflüchtete als aktuell aufnehmen und menschenwürdig unterbringen zu können sowie ihre soziale und kulturelle Teilhabe zu ermöglichen. Ich warne daher davor, angesichts der aktuellen Zunahme von Asylanträgen nur auf die mangelnde Finanzierung durch den Bund und/ oder die Länder zu verweisen und dies künftig gar zur Ausrede für eigene Untätigkeit zu machen.

Seit Monaten mehren sich Stimmen auch aus der Union, die trotz Pegida & Co gegen Geflüchtete hetzen, anstatt sich Gedanken über angemessene Integrationsmöglichkeiten zu machen. Und nicht zuletzt sind die Bundesregierung und damit auch Ihre Partei, die CDU, aufgrund der aggressiven Außen- und Wirtschaftspolitik Deutschlands in Europa und der Welt mitverantwortlich für die Fluchtgründe der betroffenen Menschen. Angesichts dessen hätte ich von Ihnen eine offensivere Stellungnahme mit weitreichenderen Forderungen an die Bundesregierung erwartet. So viel Wahrheit muss sein.

Mit freundlichen Grüßen,

Hubertus Seibel